



BUNDESPRÄSIDENT
DR. KARL RENNER
80 JAHRE

WIEN 1950

DRUCK DER ÖSTERREICHISCHEN STAATSDRUCKEREI

Festsitzung

des Nationalrates und des Bundesrates der Republik Österreich

am 14. Dezember 1950

aus Anlaß des

80. Geburtstages des Bundespräsidenten Dr. Karl Renner.

Aus Anlaß des 80. Geburtstages des Bundespräsidenten Dr. Karl Renner traten am 14. Dezember 1950 im Saale des Nationalrates die Mitglieder des Nationalrates und des Bundesrates zu einer Festsitzung zusammen.

Der Saal prangte in einer Fülle reichen Blumenschmucks und hoher Grünpflanzen. Die Mitte der Stirnwand war mit einer großen rot-weiß-roten Fahne, die das Wappen der Republik Österreich trug, geschmückt.

Schon lange vor Beginn der Sitzung hatten die Mitglieder der beiden Häuser der Volksvertretung, des Nationalrates und des Bundesrates, unter ihnen die Mitglieder der Bundesregierung, ihre Plätze in den vorderen Bankreihen eingenommen. In den rückwärtigen Sektoren hatten die Landeshauptleute, die Mitglieder der Landesregierungen, des Wiener und des niederösterreichischen Landtages sowie die Vertreter der höheren Beamenschaft Platz genommen.

In der Diplomatenloge wohnten die Hochkommissare der Alliierten Mächte, der Apostolische Internuntius Monsignore Dellepiane und das diplomatische Korps der Sitzung bei. Beide Galerien waren dicht besetzt.

Punkt 10 Uhr betritt der Bundespräsident in Begleitung der Präsidien der beiden Häuser unter den Klängen der von Prof. Hadrawa komponierten und von den Wiener Philharmonikern vorgetragenen Renner-Fanfare durch den rechten Seiteneingang den Sitzungssaal und nimmt auf dem in der Mitte des Halbrunds aufgestellten Fauteuil Platz.

Auf der Präsidentenestrade nehmen der Präsident des Nationalrates Kunschak und der Vorsitzende des Bundesrates Freund, die Präsidenten Böhm und Dr. Gorbach, die Vorsitzenden-Stellvertreter Weinmayer und Beck sowie Parlamentsdirektor Dr. Pultar die Plätze ein.

Präsident Leopold Kunschak

eröffnet die Sitzung und hält folgende Ansprache:

Sehr geehrter Herr Bundespräsident! Hohe Festversammlung!

Wir sind zusammengekommen, um heute den Tag festlich zu begehen, an dem der Herr Bundespräsident sein 80. Lebensjahr vollendet. Ich glaube, es gibt keinen Anlaß, der geeigneter wäre, eine Festsitzung zu rechtfertigen. Ich heiße Sie, hochverehrter Herr Bundespräsident, und Sie alle auf das herzlichste willkommen.

Verehrte Frauen und Herren! Das ist die Zeit! Sie erfaßt den Menschen bei seiner Geburt und trägt ihn über frohe und traurige Stunden, Tage und Jahre unaufhaltsam und unerbittlich der Vollendung entgegen.

Umhegt von treubesorgerter Liebe im Vaterhaus, hat unser Herr Bundespräsident eine sonnige Kindheit erlebt. Daran reihte sich ein von Sorgen und Nöten umrahmtes Studium, dem er mit zähem Willen und bewunderungswertem Eifer nachlebte. Dann kam über ihn die bitterste Heimsuchung: der Zusammenbruch des Elternhauses und in weiterer Folge das Ende der Eltern in der öffentlichen Armenversorgung. Endlich, schon im Mannesalter, gelang es unserem Herrn Bundespräsidenten, eine gesicherte Existenz und damit festen Boden unter die Füße zu bekommen. Letzteres dank der Bemühungen seines Lehrers, des als Sozialpolitiker bekannten Universitätsprofessors Philippovich, der ihm die Anstellung als Amanuensis an der Bibliothek des Parlamentes erwirkte. In dieser Stellung schuf er, der junge Beamte, einen Real-Katalog, der heute noch für die Bibliotheksarbeiten ein unentbehrlicher Behelf ist.

Am Ende des vorigen Jahrhunderts waren starke, bis zum Anarchismus gesteigerte Bestrebungen im Gange, die auf eine Reform der bis dahin in Geltung gestandenen Staats- und Sozialordnung abzielten. Karl Marx hatte dem Kapitalismus den Krieg erklärt, Ferdinand Lassalle die Arbeitermassen zur Teilnahme an diesem Krieg gegeistert. 1891 stellte Papst Leo XIII. mit seinem aufrüttelnden Rundschreiben über die Arbeiterfrage die Kirche in den Dienst des sozialen Befreiungskampfes der Arbeiterschaft. Bischof Ketteler von Mainz schuf in Deutschland die katholische Arbeiterbewegung, Engelbert Pernerstorfer, Dr. Victor Adler, Baron Vogelsang und nicht zuletzt Dr. Karl Lueger, Prinz Alois Liechtenstein und Dr. Psenner, der Schöpfer der Christlichsozialen Partei, ließen Sturm gegen den damals allmächtigen, alle Verhältnisse beherrschenden Manchesterliberalismus. Dieser revolutionierenden Entwicklung stellte der deutsche Reichskanzler Bismarck sein Sozialstengesetz, die österreichische Regierung aber den Ausnahmezustand entgegen. Ein damaliger Minister erklärte überdies mit erstaunlicher Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse: In Österreich gibt es keine soziale Frage, diese hört bei Bodenbach auf!

In Wahrheit war die Lage der Arbeiterschaft die denkbar schlimmste. Die Sozialgesetzgebung — nur ein Beispiel — bestand aus einer ganz unzulänglichen Krankenversicherung, der Arbeiterschutz aus einem Gesetz über die Sonntagsruhe mit zahllosen Ausnahmebestimmungen; lediglich für die Fabriksbetriebe war der Elfstundentag vorgesehen; für die Arbeit in den gewerblichen und Handelsbetrieben war eine Begrenzung der Arbeitszeit überhaupt nicht vorgesehen.

Diese Rückständigkeit der Sozialgesetzgebung und zahllose andere Mißstände wurzelten in der völligen Rechtlosigkeit der arbeitenden Volksmassen. Das Wahlrecht in die Gesetzgebung wurde in vier Kurien ausgeübt, und zwar der Kurie des Großgrundbesitzes, der Handelskammern, der Städte und Märkte und der Landgemeinden, in letzteren noch dazu indirekt durch Wahlmänner. 1896 wurde eine fünfte Kurie geschaffen, in welche die Arbeiter gemeinsam mit den Wählern der übrigen vier Kurien 72 von 425 Abgeordneten wählen durften. In allen Kurien war die Wahlberechtigung an das vollendete 24. Lebensjahr gebunden und nur den Männern vorbehalten.

In dieses wirre und brodelnde Milieu sah sich unser Herr Bundespräsident versetzt, als er daran ging, sein Interesse und seine Arbeitskraft dem Kampf um die politische und soziale Umgestaltung zu widmen.

1907, bei der ersten Wahl nach der Ende 1906 erfolgten Aufhebung des Kurien-Wahlrechtes und der Statuierung des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes, wurde unser Herr

Bundespräsident erstmalig durch Wahl zum Reichsratsabgeordneten und 1908 durch Wahl zum niederösterreichischen Landtagsabgeordneten in die vorderste Front der Kämpfer für die Demokratisierung des politischen Lebens und den Aufbau einer sozialen Gesetzgebung berufen. Er darf sich heute so manchen Erfolges auf diesem Boden rühmen.

Alsbald vollzog sich der Aufstieg unseres Herrn Bundespräsidenten vom einfachen Parlamentarier zum Staatsmann, als welchem ihm die schwersten Aufgaben, aber auch die bedeutendsten Erfolge beschieden waren. Der Zerfall der alten Monarchie als Auswirkung des ersten Weltkrieges hatte das anfänglich als Deutsch-Österreich proklamierte Land in eine Situation gebracht, in der es um Leben oder Tod gegangen ist. Als erster Kanzler dieses an Haupt und Gliedern verstümmelten, aus tausend Wunden blutenden Rumpf-Österreichs wurde er im Mai 1919 als Führer der Friedensdelegation nach Saint-Germain entsandt. Dort als Gefangener hinter Stacheldraht sitzend, mußte er durch Wochen, Stunde um Stunde, um die Anerkennung Österreichs als selbständigen Staatsgebildes ringen, was ihm schließlich, wenn auch unter zwingender Verpflichtung auf ebenso kurzsichtige wie einschränkende Vorbehalte der Ententemächte, gelang. Der Erfolg seiner Bemühungen war zunächst kein durchschlagender, in der Hauptsache jedoch in der Anerkennung Österreichs als selbständigen, dem Schutz des Völkerbundes anvertrauten Staatsgebildes ein für unsere Zukunft entscheidender.

Nach Rückkehr von Saint-Germain führte unser Herr Bundespräsident als Staatskanzler noch bis Juli 1920 die erste Republik auf die Wege des staatlichen Wiederaufbaues. An diese Tätigkeit schloß sich eine höchst unerfreuliche Periode der politischen Kämpfe, die Österreich neuerlich in die Gefahr des Verlustes seiner Selbständigkeit brachten, welche Gefahr durch den Kanzler Dr. Seipel und dessen Genfer Verträge gebannt werden konnte.

Das Jahr 1938 brachte durch den militärischen Einbruch Hitlers das Ende der ersten Republik und die Umbildung derselben in einen deutschen Reichsgau. Diese Periode leitete schier zwangsläufig in den zweiten Weltkrieg und führte schließlich zum Zusammenbruch des Hitlerismus. Nun stand Österreich vor neuen, unabsehbaren Schwierigkeiten. Aus dem Chaos, das die Hitlerära hinterlassen hatte, mußte ein Ausweg gefunden werden.

Nach dem zu Ostern 1945 erfolgten Einmarsch der siegreichen russischen Truppen trat unser Herr Bundespräsident neuerlich in Aktion. Er bildete gemeinsam mit den Vertretern der politischen Parteien eine provisorische Regierung, womit er sich als ein klar- und weitsehender Staatsmann erwies. Sein damaliger Gedanke der Zusammenfassung aller Parteien zum Zwecke des Wiederaufbaues der Republik spiegelt sich zum Wohle von Volk und Vaterland in der Koalition von heute. Glänzend gerechtfertigt wurde die Methode des Staatskanzlers Renner durch die Ergebnisse des nur wenige Monate währenden Provisoriums seiner Regierung. Mitentscheidend für diesen höchste Anerkennung heischenden Erfolg war sicherlich auch die Berufung der Parteiführer als Staatssekretäre ohne Portefeuille, gewissermaßen als politische Mitberater der Regierung.

Die wichtigste und dringlichste Vorarbeit für die Wiederaufrichtung des staatlichen und parlamentarischen Lebens war geleistet. Der Staatsapparat funktionierte wieder, das Chaos in der Verwaltung war überwunden, und so konnte nun das Volk in seiner Gesamtheit, Männer und Frauen, zur Bekundung seines Willens an die Urnen berufen werden. Als logische Folge des Wahlergebnisses vollzog sich die Vereinigung zur Koalition, die bis heute trotz geänderter Verhältnisse das schwierige Werk des Wiederaufbaues der Republik fortschreitend und im

steigenden Maße erfolgreich führt. Die Bundesversammlung aber wählte den Kanzler am 20. Dezember 1945 zum obersten Beamten der Republik, zum Bundespräsidenten.

Rückschauend auf den ereignisreichen Weg der österreichischen Geschichte ist festzustellen, daß mit ihr der Name Renner unauslöschlich verwoben ist.

Im Namen des hier durch die beiden Häuser der Gesetzgebung vertretenen österreichischen Volkes gedenken wir heute der fast 50jährigen parlamentarischen Tätigkeit des Herrn Bundespräsidenten und ebenso seiner fünfjährigen Funktion in letzterer Eigenschaft.

Wir begrüßen ihn am Ende seines 80. Lebensjahres dankbaren Herzens mit den besten Glück- und Segenswünschen für noch viele Jahre. (Lebhafter, langanhaltender Beifall im Saal und auf den beiden Galerien.)

Die Klubobmänner Dipl.-Ing. Raab und Dr. Pittermann sowie Abg. Hartleb begeben sich zum Bundespräsidenten und drücken ihm die Glückwünsche ihrer Klubs aus.

Hierauf begibt sich

Bundespräsident Dr. Karl Renner

zum Rednerpult und führt aus:

Geehrter Herr Präsident! Geschätzte Männer und Frauen!

In tiefer Ergriffenheit danke ich Ihnen, allverehrter Herr Präsident des Nationalrates, und Ihnen, hochgeschätzte Obmänner der parlamentarischen Klubs, für Ihre Glückwünsche und vor allem dem Herrn Präsidenten für die Worte der Anerkennung, die er meiner bisherigen Lebensarbeit gezollt hat. Ich weiß ihm auch Dank für die warmen Wünsche für kommende Lebensjahre, in denen mir die Früchte meiner und Ihrer aller politischen Arbeit in beschaulicher Muße reifen zu sehen etwa beschieden ist.

Der Herr Präsident hat in treffenden Worten die gesellschaftlichen und politischen Zustände meiner und, ich möchte hinzufügen, auch seiner Jugendjahre geschildert und uns so recht zum Bewußtsein gebracht, wie doch alles so ganz anders geworden ist.

Zwei gewaltige geistige Umwälzungen charakterisieren zunächst die Jahrhundertwende um 1900. Es ist erstens die Epoche des stürmischen, zum Teil revolutionären Kampfes der werktätigen Massen um die politische Gleichberechtigung und die soziale Schutzgesetzgebung, vor allem um die Demokratie des allgemeinen Wahlrechtes. Es ist zweitens der Kampf aller großen und kleinen Völker um ihre Zusammenfassung im eigenen souveränen Staat, die nationale Freiheitsidee, die siegen soll, sei es um den Preis innerer Revolution und auswärtiger Kriege. Der sozialen Idee neigten überwiegend die Werktätigen, dem Nationalstaatsgedanken die Besitzenden und Gebildeten zu.

Sie wissen, geehrte Männer und Frauen, wie das Zusammen- und Widerspiel dieser zwei Zeitideen zum Schicksal unseres vormaligen Staatswesens, der österreichisch-ungarischen Monarchie, geworden ist.

Schon in den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts machten sich gegen diese beiden Richtungen Gegenmächte geltend. Die bestehenden Nationalstaaten waren ursprünglich von dem Gedanken der wirtschaftlichen Autarkie im Rahmen politischer Selbstregierung beherrscht: Autarkie und Souveränität galten als Korrelate. Die stürmische Entwicklung der gesamten Weltwirtschaft jedoch verflocht inzwischen alle Kontinente unlösbar miteinander. Das freie Nebeneinander der

Nationen wlich wechselseitiger Abhängigkeit, die führenden Klassen der größeren und älteren Nationen unterschoben der nationalen Freiheitsidee immer mehr die Idee des nationalen Imperialismus, der Beherrschung der schwächeren und jüngeren Völker, die Idee der nationalen Vorherrschaft, womöglich der Alleinherrschaft in der Welt. Die Verfälschung der nationalen Freiheitsidee zur Idee der nationalen Vor- und Alleinherrschaft hat die beiden Weltkriege entzündet.

Diese zweifache entsetzensvolle Tragödie hat in allen denkenden Erdbevölkern die Überzeugung geweckt: Es gibt für die schwergeprüfte Menschheit nur ein Heil in der Organisation aller Nationen, der großen und kleinen, der alten und jungen, in der Aufrichtung eines demokratischen Bundes aller Völker, in der Organisation der Vereinten Nationen der Welt. Es ist dies die dritte der großen Zeitideen, die daran ist, alle anderen zurückzudrängen und endlich zu siegen.

Diese Organisation hat auf der einen Seite jeder historisch gewordenen Nation einen gesicherten Rechtskreis, eine reale Autonomie einzuräumen, sie aber zugleich ein- und unterzuordnen unter die allein souveräne Gemeinschaft aller.

Die Notwendigkeit der friedlichen Konstituierung des Menschengeschlechtes wurde zur ausgesprochenen Überzeugung der Besten aller Nationen: Der Völkerbund entstand nach dem ersten Weltkrieg. Die Auflehnung des imperialistischen Nationalismus zerriß ihn. Nach dem zweiten Weltkrieg folgte ihm die Organisation der Vereinten Nationen. Kein Zweifel besteht, daß ein so gewaltiges Werk ungeheure Hindernisse zu überwinden, unermeßliche Schwierigkeiten zu besiegen und manche Krisen zu überstehen habe. Nur Kurzsichtige und Kleingläubige können durch zeitliche und örtliche Rebellionen gegen die Idee beirrt werden

Wer insbesondere bedenkt, daß auch die Völker des Orients, die sich eben erst im Laufe dieser Kriege aus Feudalismus, Absolutismus und Kolonialstatus emporgerungen haben, in dieses System einbezogen werden sollen, wird begreifen, daß von dorther gewaltige Schwierigkeiten erstehen müssen.

Ich konnte, Männer und Frauen, diese allgemeine Übersicht über die Entwicklungsgesetze die während der Dauer meines Lebens die Welt bestimmt haben, zu geben mir nicht ersparen. Denn gerade das ist das besondere Schicksal unseres Landes, daß es mehr als irgendein anderes Land zum Opfer aller dieser Tendenzen geworden ist.

Land und Volk des heutigen Österreich waren bis um die Jahrhundertwende ein Glied des habsburgischen Reiches vieler Nationen; der demokratische Nationalstaatsgedanke war daran, es zu sprengen. Wenige Österreicher von damals begriffen, daß hart im Gefolge der nationalen Idee die neue Forderung, die gebieterische Notwendigkeit der Eingliederung in die Weltwirtschaft sich erhob, nur wenige begriffen, daß der nationalen Souveränität die eingeschränkte nationale Autonomie im Rahmen der politischen und wirtschaftlichen Gemeinschaft des Reiches vorzuziehen sei.

Heute weiß jedermann, daß dieser von mir vertretene Ausweg der heilsamere gewesen wäre, nicht nur für uns, die deutschsprechenden Österreicher, sondern für alle Völker des ehemaligen Reiches, für Europa, ja für die Welt. Aber bevor sich diese Richtung Gehör erzwingen konnte, hat der erste Weltkrieg unsere innere Entwicklung überholt.

Aber dieser war noch unter dem eingebildeten oder vorgesetzten Ziele des demokratischen Nationalstaatsgedankens geführt worden, und die Nationalversammlung unserer jungen Republik 1918/19 konnte annehmen, aus ihm für sich die politischen Folgerungen

ableiten zu sollen. Der Friede von Saint-Germain und die Friedensschlüsse der Pariser Vororte begruben den Gedanken des geschlossenen Nationalstaats und gaben erst recht die Bahn für den nationalen Imperialismus frei.

Dieser brachte den zweiten Weltkrieg, mit ihm den Zusammenbruch des Nazismus und die Erkenntnis, daß die demokratische Gemeinschaft aller Nationen, wie schwierig ihre Schöpfung sein mag, allein den Untergang der menschlichen Zivilisation überhaupt zu verhindern vermag; umgekehrt aber, unter der Voraussetzung dieser neuen, internationalen, auf demokratischen Grundlagen ruhenden Völkergemeinschaft kann jedes Volk und können auch wir beruhigt in die Zukunft blicken.

Wir sind ein kleines Land, bewohnt von einem Volk, das unbestreitbar kulturell eine Gemeinschaft darstellt: Sichert uns die Selbständigkeit und Freiheit unseres kleinen Staatswesens im Rahmen der Völkergemeinschaft, so wird das, was der ursprüngliche Gedanke der freien Nation verheißen hat, von uns erfüllt werden, ebensogut wie dies in der viersprachigen Schweiz unbestreitbar erfüllt ist!

Stellt auf der anderen Seite die Organisation der Nationen die Einheit und Freiheit der Weltwirtschaft her, so werden wir mit gesichertem Erfolg mit allen Völkern der Welt zusammenwirtschaften! Niemals kann ein Land wie das unsere autark sein — das vermögen heute nicht einmal die größten Reiche mehr in vollem Umfange —, aber als freies und gleichberechtigtes Glied der Weltwirtschaftsgemeinschaft werden wir selbst bestehen und unseren Teil zum wirtschaftlichen und kulturellen Gesamtbestand der Menschheit beitragen.

Als freies Volk aber wollen wir im Innern alle unsere Volkskräfte entfalten, das heißt, die Kräfte jedes einzelnen, jeder Berufsgruppe, jeder Geistesrichtung, und so der ersten angeführten Leitidee, der Verwirklichung der sozialen Gerechtigkeit, dienen. Wir halten den Zwang im Hinblick auf jegliche schöpferische Regung der menschlichen Seele für hemmend, ja für verheerend! Wir wollen die freie Gleichberechtigung bei und für uns, wie wir sie im Verhältnis der Völker zueinander fordern. So sind wir gewiß, daß das, was an den nationalen und sozialen Zielsetzungen des beginnenden Jahrhunderts berechtigt und zielführend gewesen, in unserer freien Republik Verwirklichung finden kann.

Daß dem so geschehe, dazu sind Sie, meine verehrten Männer und Frauen, als Vertreter des Volkes berufen und durch Ihre Wähler beauftragt. Darüber freilich, was im einzelnen Falle zu geschehen hat, besteht kaum jemals von vornherein Einigkeit. Beobachte sich jeder einzelne: Bevor er zum Entschluß kommt, ringen in seiner Seele Gründe und Gegengründe. Nicht anders ist es in einem Volke. Es ist nicht nur unvermeidlich, sondern heilsam, daß in allen wichtigen Fragen Parteien sich scheiden, von denen jede zunächst in voller Offenheit und mit allem Nachdruck zu ihren Auffassungen und Interessen steht. Dies ist indessen nur die eine Hälfte Ihres Auftrages. Zugleich sind Sie in diesem durch nahezu ein Jahrhundert von schönen und traurigen Erinnerungen geheiligt Raum zusammenberufen, damit aus den widerstreitenden Auffassungen das nach menschlichem Ermessen Richtige gefunden und zur gemeinsamen Tat werde! Dies die zweite, die wichtigere Hälfte Ihres Auftrages. Niemals vermesse sich das, was Partei, also Teil ist, zugleich das Ganze zu spielen und über alle anderen diktatorisch hinwegzuschreiten, niemals die Mehrheit von heute, die Bedenken der Minderheit einfach in den Wind zu schlagen. Wenn jedoch irgend erreichbar, möge die Zusammenarbeit auf breitesten Grundlage erstrebt werden.

Das, verehrte Männer und Frauen, war seit den ersten Tagen öffentlicher Wirksamkeit meine Auffassung der Demokratie, dies die von mir seit der Jahrhundertwende vertretene Idee der nationalen Autonomie und der internationalen Gemeinschaft der Völker: Und an diesem für mich festlichen Tage, der mir zwei Menschenalter Erfahrungen zusammenzufassen gestattet, ist mein Wunsch und Rat, daß die gleiche Auffassung allezeit Ihre Arbeiten leiten möge. (Lebhafter, lange anhaltender, sich immer wiederholender Beifall im Saal und auf den beiden Galerien.)

Nach der Rede des Bundespräsidenten ergreift

Präsident Kunschak

neuerlich das Wort. Er sagt:

Sehr geehrter Herr Bundespräsident! Worte vermögen nicht das auszudrücken, was unsere heutige Kundgebung bewiesen hat: das unbegrenzte Vertrauen und den ebenso unbegrenzten Dank für Ihre bisherigen Leistungen. (Neuerlicher starker, sich immer wieder erneuernder Beifall im ganzen Hause.)

Ich darf die Hohe Festversammlung einladen, mit mir einzustimmen in den Ruf: Es lebe der Herr Bundespräsident! Es lebe Österreich!

Die Festversammlung stimmt in ein dreifaches brausendes Hoch auf den Herrn Bundespräsidenten und auf Österreich ein.

Der Staatsopernchor bringt eine Strophe der Bundeshymne zum Vortrage.

Präsident Kunschak: Ich erkläre hiemit die Festversammlung für geschlossen.

Schluß der Sitzung: 10 Uhr 50 Minuten.